



Seite 2/3:
Wahrückblicke und Schlussfolgerungen



Seite 6:
Die Kenia-Koalition ist eine permanente
Regierungskrise



Seite 7:
Jan Korte unterstützt Basilika, Chorfest,
Bärenhausen und Ruderclub

DIE LINKE ZEITUNG

06/2019

Spende erbeten Zeitung der Partei DIE LINKE des Kreisverbandes Salzlandkreis

LINKE bei Kommunalwahlen mit Verlusten

Die LINKE hat bei den Kommunalwahlen in Sachsen-Anhalt deutlich Stimmen verloren. In den Kreistagen einschließlich der Räte der drei kreisfreien Städte Magdeburg, Halle und Dessau sank ihr Anteil nach dem vorläufigen Ergebnis im Durchschnitt von 21,5 Prozent zur Wahl 2014 um 6,5 Punkte auf 15,0 Prozent. Die Gesamtzahl ihrer Mandate auf der Kreisebene verringerte sich um 56 von 157 auf jetzt 101. Da tröstet es wenig, dass auch die beiden Volksparteien CDU (-9,7, jetzt 24,6 %, -86 Mandate) und SPD (-4,6, jetzt 13,7 %, -42 Mandate) massiv Stimmen und Sitze verloren. Deutlich dazugewonnen hat, wie befürchtet, die AfD. Sie steigerte ihren Stimmenanteil im Mittel um 14,1 Punkte auf jetzt 16,4 Prozent und die Zahl ihrer Mandate um 92 auf 108. In den Kreistagen und kreisfreien Stadträten ist sie jetzt mit Anteilen von 14,0 (Halle) bis 21,1 Prozent (Saalekreis) vertreten. Gewonnen haben auch die Grünen (+2,9 auf 8,4 %), die FDP (+1,4 auf 5,9 %) und örtliche Wählergruppen (+2,6 auf 11,3 %).

Im Kreistag des Salzlandkreises bleibt die CDU mit 26,4 Prozent und 14 Mandaten (-9,9 %, -8) stärkste Partei. An zweiter Stelle steht nun die AfD, die hier erstmals kandidierte (17,0 %, 9 Sitze), gefolgt von der LINKEN mit 15,1 Prozent und 8 Sitzen (-7,3 %, -5), der SPD mit 14,5 Prozent und ebenfalls 8 Sitzen (-4,0 %, -3), der FDP mit 9,9 Prozent und 5 Sitzen (+4,5, +2) und den Grünen mit 5,8 Prozent und 3 Sitzen (+1,9, +1). Die verschiedenen regionalen Wählergruppen haben ihren Stimmenanteil etwa gehalten. Die NPD, die zuvor zwei Mandate innehatte, hatte nicht kandidiert. Dass der Stimmenanteil der LINKEN relativ zu 2014 um 33 Prozent zurückging, ihre absolute Stimmenzahl aber nur um 22 Prozent (von 45.248 auf

jetzt 35.361), deutet darauf hin, dass die um fast 10 Prozent gestiegene Wahlbeteiligung (jetzt 50 %) anderen Parteien zugute kam.

Bei den Gemeindewahlen im Salzlandkreis erzielte die LINKE in Güsten mit 24,6 Prozent (4 Mandate) ihr bestes Ergebnis. Auch in Bernburg (19,4 %, 8 Mandate), Staßfurt (18,7 %, 7 Mandate) und Schönebeck (16,3 %, 6 Mandate)

gab es gute Ergebnisse. Im Rat der Verbandsgemeinde Saale-Wipper mit den Gemeinden Güsten, Alsleben, Plötzkau, Ilberstedt und Giersleben besetzt die Linke jetzt vier Sitze (19,3 %). Auch in einigen Ortschaften hat die Partei ihre Hochburgen, so zum Beispiel in Cochstedt (Stadt Hecklingen, 42,9 %), Löderburg (29,9 %), Rathmannsdorf (27,7 %; beide Staßfurt) und Pretzien (23,8 %, Schönebeck).

Ergebnisse Kreistagswahl 2019 (Auszug) <small>(Quelle: Statistisches Landesamt Sachsen-Anhalt, Halle (Saale))</small>	Kreistagswahl 2019			Gewinn/Verlust zu 2014
	Zahl	%	Sitze	%-Punkte
CDU	61 678	26,4	14	-9,9
AfD	39 644	17,0	9	17,0
DIE LINKE	35 361	15,1	8	-7,3
SPD	33 982	14,5	8	-4,0
GRÜNE	13 453	5,8	3	1,9
FDP	23 241	9,9	5	4,5
Freie Wähler	1 989	0,9	-	0,9
Wählergruppe	24 388	10,4	7	-0,3

Diese positiven Ergebnisse können nicht darüber hinweg täuschen, dass die LINKE so wie im Kreistag auch in fast allen Gemeinden Stimmenanteile und Sitze im Vergleich zu den Wahlen 2014 verloren hat. In vier von ehemals 18 Ortschaften, ebenso wie in den Gemeinden Giersleben, Bördeland, Egelner Mulde und Börde-Hakel, konnte sie nicht mehr

antreten, da es den Parteigliederungen nicht gelungen war, Kandidaten aufzustellen. Die größten Stimmenverluste gab es in Staßfurt (-12,2 Prozentpunkte), in der Verbandsgemeinde Egelner Mulde (-12,2), in Schönebeck (-7,1), Aschersleben (-6,9) und Bernburg (-6,1), also vor allem in den ehemaligen Kreisstädten, wo sie zuvor sehr stark war.

Fortsetzung von Seite 1

Die Gewinne in den Wahlen von 2014 gegenüber 2009 wurden damit mehr als zunichte gemacht. Ihren Stimmenanteil halten bzw. minimal ausbauen konnte sie nur in der Verbandsgemeinde Saale-Wipper (+2,0 %) und hier vor allem in Alsleben (+1,1 %). In Plötzkau ging das Ergebnis

dagegen um 5,4 %-Punkte zurück.

In seiner Sitzung in der Woche nach der Wahl hat der Kreisvorstand eine erste Auswertung der Wahlergebnisse und des Wahlkampfes vorgenommen. Trotz einer Reihe von Verzögerungen und Unzulänglichkeiten, vor allem bei der Erstellung und Lieferung der

gedruckten Materialien und angesichts der nicht leichter gewordenen Mobilisierung in den Ortsverbänden, wurde allen Wahlkämpferinnen und Wahlkämpfern herzlich gedankt, vor allem denen, die durch verstärkte Aktivitäten den Ausfall anderer zu kompensieren versucht haben.

Lothar Boese, Kreisvorsitzender

**Wir sagen
DANKEN!
DIE LINKE.**

Thesen zum Wahltag

Bernd Riexinger, Parteivorsitzender

Einige Gedanken, Fragen und ein erster Ausblick nach den Wahlen zum Europäischen Parlament, zur Bremischen Bürgerschaft und zu den Kommunalwahlen am 26. Mai 2019

Die Wahlergebnisse bei den Europa-, Bürgerschafts- und Kommunalwahlen lassen uns mit gemischten Gefühlen und nachdenklich in die kommenden Monate gehen. Einerseits freuen wir uns über das hervorragende Ergebnis der Genossinnen und Genossen in Bremen und gratulieren stellvertretend der Spitzenkandidatin Kristina Vogt. Gerade angesichts einer schwierigen Ausgangslage mit einem mobilisierenden Zweikampf zwischen SPD und CDU ist ein zweistelliges Ergebnis wie dort nicht genug zu würdigen. Andererseits sind die Ergebnisse der Kommunalwahlen mitunter ernüchternd, und mit dem Ergebnis der Europawahl kann DIE LINKE nicht zufrieden sein.

Eines ist sicher: Am Einsatz unseres Spitzenduos Özlem Demirel und Martin Schirdehan hat es nicht gelegen. Zusammen mit Gregor Gysi, dem Präsidenten der Europäischen Linken, und vielen Wahlkämpferinnen und Wahlkämpfern haben sie beherzt für ein soziales, solidarisches Europa gestritten. Dafür möchte ich mich als Parteivorsitzender bei ihnen und bei allen anderen Wahlkämpferinnen



Foto: Rico Prauss

und Wahlkämpfern bedanken.

Ich betonen, dass sich das Wahlergebnis nur unzureichend als Gradmesser für aktuelle gesellschaftliche Stimmungen und Entwicklungen eignet. Eindeutig ist der Wunsch nach schnellem politischem Handeln beim Klimaschutz geworden. Das haben wir den Schülerinnen und Schülern von „Fridays For Future“ zu verdanken. Darüber hinaus gibt es nach dem jahrelangen Aufstieg der Rechten aber auch endlich wieder gesellschaftliche Debatten um Enteignung und einem neuen

Sozialismus, in denen wir als DIE LINKE noch stärker eine Rolle spielen müssen. Wir stehen daher vor vielen Fragen und wollen euch um eure Meinungen bitten: Wie können wir die Forderungen nach Klimaschutz und sozialer Gerechtigkeit zu einer konkreten Utopie der Systemalternative verbinden? Wie machen wir noch besser deutlich, dass man beim Klimaschutz zugleich die Eigentumsfrage stellen und sich mit den großen Konzernen und mächtigen Wirtschaftsinteressen anlegen muss? Gelingt uns die Verbindung zu den Kämpfen um bessere Arbeit, die zum Leben passt, beispielsweise durch Umverteilung von Arbeitszeit (was laut neuesten Studien auch dem Klima zuträglich ist)?

Viele Menschen spüren, dass es grundlegende Veränderungen verbraucht und kleine Reformen nicht reichen, um die Herausforderungen unserer Zeit zu bewältigen. Die Resonanz auf unsere Kampagnen gegen den Pflege-Notstand und für bezahlbares Wohnen zeigen das ebenso wie die Pflege-Volksbegehren und die Kampagne „Deutsche Wohnen & Co. enteignen!“. DIE LINKE hat als Teil dieser Bewegungen eine gesellschaftliche Verantwortung, der wir weiterhin und noch stärker gerecht werden wollen.

Das Warnsignal ernst nehmen

Erklärung von Katja Kipping im Parteivorstand nach den Wahlen am 26. Mai 2019

Katja Kipping, Parteivorsitzende

Die Wahlen am 26. Mai sind für uns ein Warnsignal, das wir ernst nehmen müssen. Bei einem Wahlergebnis von 5,5 Prozent müssen wir unsere Strategie und Haltung überprüfen.

Wenn unsere Wählerinnen und Wähler glauben, dass ihre Stimme für uns vielleicht richtig, aber irrelevant ist, weil die LINKE nichts verändern kann, dann stagnieren oder wir verlieren. Das ist bei den Europawahlen geschehen.

Die Wahl zur Bremer Bürgerschaft hingegen hat gezeigt, wie wir zulegen können. In Bremen war eine Stimme für die LINKE eine Stimme der aktiven Veränderung. In Bremen hat die LINKE von Anfang an klargemacht, dass sie bereit ist, ihr gutes Programm auch in einer Regierung umzusetzen.

Sie war nah dran an den Alltagsorgen in den Stadtteilen und hat zudem den Mut ausgestrahlt, die Stadt verändern zu wollen. Das hat die LINKE attraktiv gemacht.

Die starke Differenz zwischen Europawahl und Bremer Wahl lässt sich auch nicht dadurch erklären, dass wir in Städten generell besser abschneiden. Immerhin haben uns in Bremen deutlich mehr Menschen bei den Bürgerschaftswahlen als bei den Wahlen zum EP gewählt.

GroKo ist jetzt Mikro

Die einst großen Volksparteien sind die großen Verliererinnen der Europawahl. Die GroKo ist jetzt nur noch Mikro. Das wird Auswirkungen haben. Die Parteien stellen sich jetzt auf die ersten Bundestagswahlen nach Angela Merkel ein, wobei die CDU unter AKK nach rechts rückt.

Welche Konsequenzen die SPD aus ihren Verlusten zieht, ist noch offen. Klar ist, dass sie keine Zukunft in einer GroKo hat. Die Frage ist nur noch, welche Regierung kommt danach?

Ich meine, egal ob GroKo, Schwarz-Grün oder Jamaika, eine Regierung mit der Union wird sich weder ernsthaft den Zukunftsfragen stellen, noch die soziale Spaltung überwinden. Insofern braucht es Regierungsmehrheiten links der Union.

Wir als LINKE müssen dazu beitragen, dass bei den nächsten Bundestagswahlen eine Entscheidungssituation entsteht, in der SPD und Grüne Farbe bekennen müssen: Gehen sie nach links oder gehen sie nach rechts. Das klingt verwegen, aber das ist der Weg, den wir gehen müssen.

Neue gesellschaftliche Dynamik

Die neue gesellschaftliche Dynamik kann uns beim Kampf um neue linke Mehrheiten in die Hände spielen. Nachdem jahrelang rechte



Foto: Mark Mühlhaus - attenzione photographers

»Ich meine, dieses Land muss den Kleinmut beim sozialökologischen Umbau hinter sich lassen.«

Provokationen die Debatte dominierten, stehen nun progressive Themen im Mittelpunkt, wie Klimaschutz oder Vergesellschaftung. Etwas Neues kann beginnen, etwas Neues, das aus der Gesellschaft selbst kommt.

Dies ist den neuen Bürger*innenprotesten zu verdanken. Sei es der Klimastreik, die Seenotrettung oder die zahlreichen Mieter*inneninitiativen.

Diese Initiativen fordern eine radikale Umkehr. Sie fordern eine Politik, die etwas ändert und anpackt. Für uns heißt das: Aus linken Ideen müssen linke Lösungen werden. Wir müssen die Dringlichkeit dieser Zeit in eine dringliche Politik der Veränderung übersetzen.

Glaubhafte Aussicht auf wirkliche Verbesserung

Die extreme Rechte geht leider gestärkt aus den Europawahlen. In einer Vielzahl von Gesprächen in Plattenbaugebieten, vor Job-Centern, im Wahlkampf ist in mir eine Überzeugung gereift: Wenn wir den Rechtsruck nachhaltig aufhalten wollen, braucht es die glaubhafte Aussicht auf wirkliche Verbesserung.

Kurzum, dieses Land braucht einen Kurswechsel hin zu einer Linksregierung, die

- die Mitte deutlich besser stellt und alle vor Armut schützt,
- die allen Arbeit garantiert, die zum Leben passt,
- die mit Klimaschutz und Friedenspolitik sicherstellt, dass wir alle eine Zukunft auf dem Planeten haben.

Fahrplan neue linke Mehrheiten

Ich ziehe daraus folgende Schlussfolgerung: Wir müssen jetzt ernsthaft um linke Mehrheiten kämpfen. Das ist ein ambitioniertes Ziel. Dazu gibt es Diskussionsbedarf – in unserer Partei und in der Gesellschaft.

In den kommenden Monaten müssen wir deshalb folgendes anschieben:

- Einen Fahrplan erstellen, wie wir uns für die nächsten Bundestagswahlen strate-

gisch und personell aufstellen. Ob diese Wahlen planmäßig in zwei Jahren oder früher kommen, ist offen.

- Diskussionsformate und Plattformen schaffen, bei denen wir mit gesellschaftlichen Akteuren darüber reden, wie solch ein gesellschaftlicher Kurswechsel aussieht.
- All das muss mit einer Gesprächs- und Demokratisierungsoffensive in der Partei verbunden sein. Denn die Entscheidung, ob DIE LINKE Teil einer Linksregierung werden soll, darf nicht allein von einigen Funktionären getroffen werden, sondern muss von unserer Partei in ihrer Breite und letztlich auch durch eine Urwahl beschlossen werden.

Um mich dieser Aufgabe als Parteivorsitzende mit aller Kraft zu widmen, habe ich mich bereits vor einiger Zeit entschieden, in diesem Sommer nicht für den Fraktionsvorsitz zu kandidieren.

Mir war wichtig, dass wir die Personalfragen um den Fraktionsvorstand aus den Wahlkämpfen raushalten und es ist für mich eine Selbstverständlichkeit, dass ich zuerst den Parteivorstand informiere.

Deshalb sage ich euch heute: Ich will mich jetzt mit aller Energie als Parteivorsitzende darauf konzentrieren, DIE LINKE für die Zeit nach der GroKo aufzustellen und den Kampf um neue linke Mehrheiten aufzunehmen.

Für die Fraktion hoffe ich, dass sich die verschiedenen Gruppen auf einen Zeitplan und eine Doppelspitze einigen, die möglichst breit getragen werden und dass sie sich auf ein Verfahren einigen, das dem Ernst der Lage gerecht wird.

70 Jahre nach Verabschiedung des Grundgesetzes, 30 Jahre nach dem Mauerfall steht dieses Land am Scheideweg. Ich meine, dieses Land muss den Kleinmut beim sozialökologischen Umbau hinter sich lassen.

Dieses Land braucht eine starke LINKE für mutigen Klimaschutz, für Friedenspolitik und für einen sozialen Aufbruch.

Dieses Land braucht neue linke Mehrheiten.

Landtagsticker – Ausgewähltes aus der Landtagssitzung im Mai

Kerstin Eisenreich, stellvertretende Fraktionsvorsitzende

Dreifaches Verfassungsjubiläum

„70 Jahre Grundgesetz –
100 Jahre Weimarer Reichsverfassung
– 100 Jahre Verfassung von Anhalt“

Anlässlich des dieses dreifachen Verfassungsjubiläums haben sich die Fraktionen im Landtag von Sachsen-Anhalt auf eine Aktuelle Debatte verständigt. Für die Fraktion DIE LINKE sprach Eva von Angern: „Das Grundgesetz ist in seinen zentralen Regelungen nicht ohne die Verfassung von Weimar und die durch sie errichtete Verfassungsordnung ist nicht ohne ihren Untergang in den Flammen der faschistischen Diktatur des Dritten Reiches und des Zweiten Weltkrieges zu verstehen. Symbole dieses Untergangs der Zivilisation in den Flammen der Barbarei gibt es viele.“ Sie erinnerte daran, dass das jetzige gesamtdeutsche Grundgesetz das der Bundesrepublik Deutschland sei und führte weiter aus: „Eine Verfassung, der man beitrifft, kann in dem Teil von Staat und Gesellschaft, der beitrifft, nicht in dem Maße Identität stiften, wie es eine gemeinsam ausgearbeitete, diskutierte, erstrittene, im Kompromiss ausgehandelte gesamtdeutsche Verfassung hätte leisten können. [...] Ich befürchte auch, dass wir hinsichtlich der Akzeptanz des Grundgesetzes und der durch sie gestalteten Verfassungsordnung im Osten Deutschlands noch heute unter dieser politischen Fehleinschätzung leiden.“ Zugleich lobte sie: „Das Grundgesetz ist in bemerkenswerter Weise frei von Ideologien und Dogmen, ohne dadurch auch frei von Werten zu sein. Es ist offen, ohne entgrenzt oder gar beliebig zu sein. [...] Diesen weltanschaulich offenen Rahmen, der sich auf die Überzeugung von der gleichen Würde der Menschen und eben nicht nur der Deutschen sowie auf einen antifaschistischen und antistalinistischen, zutiefst prorepublikanischen Konsens stützt, wollen wir Linke bewahren. So begreifen wir echten Verfassungsschutz.“

Rettet die Seepferdchen – Schwimmbadfonds auflegen

Nur drei von vier Grundschulern in Sachsen-Anhalt sind nach der vierten Klasse sichere Schwimmer. Die Defizite bei den Schwimmfähigkeiten von Kindern und Jugendlichen wachsen laut statistischen Erhebungen der Deutschen Lebensrettungsgesellschaft (DLRG) seit Jahren. Die Fraktion DIE LINKE fordert die Auflegung eines Schwimmbadfonds aufzulegen, dem 2020 und 2021 jeweils 5 Mio. Euro zur Verfügung gestellt werden. Mit diesen Mitteln sollen Kommunen in die Lage versetzt werden, den Sanierungsstau bei öffentlichen Schwimmbädern zu reduzieren, dauerhaft eine wohlnahe und barrierefreie Schwimmbadinfrastruktur vorzuhalten und den Schwimmunterricht für alle Kinder abzusichern. Zudem sollen die Kommunen ak-

tiv dabei unterstützt werden, durch die dauerhafte Präsenz von Rettungsschwimmern und Fachangestellten für Bäderbetriebe die Absicherung des Schwimmbadbetriebs zu gewährleisten.

Vereinsarbeit sichern - Förderungen pünktlich auszahlen

Die Ausreichung von Fördermitteln für Verbände und Vereine war bereits in der vergangenen Legislaturperiode ein Problem, weil die Mittel oft erst im II. oder III. Quartal ankamen. Dies hat sich trotz Bekundungen der Landesregierung in dieser Legislaturperiode nicht gebessert. Die zu späte Bewilligung und Auszahlung von Mitteln treibt Träger im Bereich der Jugendarbeit in existenzielle Nöte und gefährdet Arbeitsplätze. DIE LINKE fordert daher künftig eine pünktliche, auskömmliche und verlässliche Förderung. Zuwendungsbescheide müssen vor Beginn des Zuwendungszeitraums, spätestens jedoch im I. Quartal bewilligt werden. Das Engagement zahlreicher Träger in unserem Bundesland ist Ausdruck einer starken Zivilgesellschaft. Ihre Arbeit ist eine unerlässliche Grundlage der Jugendhilfe in Deutschland.

Jugendaustausch: Europa erleben - Europa stärken

Die Fraktion DIE LINKE will eine Initiative „Europa erleben - Europa stärken!“ ins Leben rufen. Ziel ist, dass spätestens 2025 möglichst jeder junge Mensch Sachsens-Anhalts die Chance hat, im Lebensabschnitt seiner Schullaufbahn, Berufsausbildung oder in der Studienzeit, jedoch mindestens einmal vor seinem 25. Geburtstag, den Alltag in einem anderen europäischen Land miterleben zu können. Dies dient der Entwicklung einer weltoffenen Einstellung von Kindern und Jugendlichen. So können sie aktiv und in positivem Sinne an der Gestaltung ihrer Umwelt teilhaben und haben die Möglichkeit der Begegnung mit Menschen in anderen Ländern. Damit soll insbesondere bisher benachteiligten Kindern und Jugendlichen einen Zugang zu europäischen Austauschmaßnahmen eröffnet werden.

Wir müssen über die Vergesellschaftung des Reichtums reden!

Marktversagen, Staatsversagen und die Missachtung des Leistungsprinzips lassen die Kapitalismuskritik wachsen. Dies verstärkt den Ruf nach staatlicher Absicherung sozialer Grundbedürfnisse. Denn die Menschen merken: Der schnell wachsende Reichtum von Wenigen schafft immer mehr Armut bei denjenigen, die ihn erarbeiten. Wenn die Konzentration von immer mehr Kapital in immer weniger Händen den Wohlstand von immer größeren Teilen der Gesellschaft verhindert

und bedroht, wird es Zeit für eine neue Wirtschaftsverfassung, die die soziale Sicherheit für die tatsächlichen Leistungsträger der Gesellschaft auf eine neue Grundlage stellt. Die Wirtschaft in Deutschland muss wieder dem Primat der Demokratie untergeordnet werden. Artikel 15 des Grundgesetzes eröffnet dabei einen Weg, das Gemeineigentum und die Gemeinwirtschaft zu stärken. <https://www.landtag.sachsen-anhalt.de/fileadmin/files/drs/wp7/drs/d3273dan.pdf>

Musikschulen müssen für jede und jeden zugänglich bleiben!

Im Ergebnis einer Großen Anfrage und entsprechender Antwort der Landesregierung zur Situation der Musikschulen in Sachsen-Anhalt, setzt sich die Fraktion DIE LINKE mit einem Antrag dafür ein, dass die Landesförderung der staatlich anerkannten Musikschulen in den kommenden vier Haushaltsjahren um jeweils 500.000 Euro angehoben wird. Die Landesregierung soll dies bei der Aufstellung des Doppelhaushaltes 2020/21 berücksichtigen. Die Qualitätsstandards der öffentlichen Musikschulen sollen so abgesichert und der Zugang zu den Musikschulen für alle Teile der Bevölkerung gewährleistet werden.

Zum Gedenken an Rosa – Zitat des Monats:



„Mir imponieren nur
die Ratschläge,
die der Ratgebende
selbst beherzigt.“

EU-Familientag in Staßfurt

Klaus Magenheimer, Ortsvorsitzender DIE LINKE Staßfurt

Wenige Tage nach dem öffentlichen Auftritt unseres Ortsverbandes bei den 1. Mai-Veranstaltungen am Stadtsee waren wir wiederum gefordert, am 12. Mai im Zuge des Wahlkampfes Gesicht zu zeigen.

Mit unseren Aktionsmöglichkeiten, dem roten Pavillon, Schirm und Glücksrad waren wir von Beginn an bei schönem Wetter dabei. Die Standabsicherungen wurden von Vorstandsmitgliedern des Ortsverbandes und von den Kandidat*innen für den Stadtrat gewährleistet.

Im Gegensatz zu manch anderem Ortsverband hatten wir unsere in eigener Regie über Boris Funda gefertigten Kreistag- und Stadt-

ratsflyer in ausreichender Zahl dabei.

In Verbindung mit einem Kugelschreiber fanden sie auch bei vielen Besuchern des Festes Interesse. Regen Zuspruch bei Jung und Alt fand wiederum unser Glücksrad.

Herzliche Gespräche wurden geführt, Gedanken über notwendige Veränderungen in der Politik ausgetauscht und ein zufriedenstellendes Wahlergebnis gewünscht.

Mehrmals wurde die Sorge über das Abschneiden der AfD geäußert. Sie haben in Staßfurt ihre Wahlwerbung massiv betrieben und besitzen hier eine Hochburg.

Zur offiziellen Eröffnung hatte unsere Kreistagsfraktionsvorsitzende Sabine Dirlich

auf der Bühne die Gelegenheit, unsere Positionen zu einem sozialen Europa darzustellen.

Die Kreistagsfraktion hatte ebenso wie Jan Korte einen finanziellen Beitrag für das Fest geleistet.

Bei einer Podiumsdiskussion am Nachmittag gab es zustimmende Äußerungen zu einer notwendigen Stärkung der Positionen eines geeinten Europas durch die Vertreter der LINKEN, der CDU und der SPD. Nicht unerwartet war die ablehnende Haltung der AfD.

Wir sprachen uns für die Wiederholung eines EU-Familientages im kommenden Jahr aus.

Pariser Kommune schuf etwas Neues und Bleibendes

Jan Korte, Erster Parlamentarischer Geschäftsführer im Deutschen Bundestag

Vor 148 Jahren endete mit der Erschießung von 147 Kommunarden an der südlichen Mauer des Friedhofs Père Lachaise die Pariser Kommune.

Nach dem deutsch-französischen Krieg von 1870/71 war es den Arbeiter*innen, Handwerker*innen und kleinen Leuten für eine kurze Zeit gelungen, die bürgerliche Staatsmacht in Paris aus den Angeln zu heben und eine sozialistische Gesellschaft zu entwickeln. Vom 18. März bis zum 28. Mai 1871 standen all die Fragen, um die auch heute noch Linke ringen, erstmals konkret auf der Tagesordnung: Demokratie oder Diktatur, Räte-System oder Parlamentarismus, Sozialismus oder Kapitalismus und Zurückdrängen des Einflusses der Kirche und der Kampf um die Gleichberechtigung der Geschlechter.

Während des Bestehens der Kommune wurde das Recht auf Arbeit und gleichen Lohn, die Gleichstellung ehelicher und nicht-ehelicher Kinder sowie die Säkularisierung von Bildungs- und Krankenpflegeeinrichtungen verwirklicht. Die Regierung antwortete darauf mit der militärischen Belagerung der Stadt.

In den Kämpfen und den folgenden Massenexekutionen wurden etwa 30.000 Menschen getötet und 40.000 inhaftiert. Die meisten gefangenen Kommunarden wurden entweder sofort standrechtlich erschossen, von Schnellgerichten abgeurteilt oder in die Kolonien deportiert.

Für Karl Marx war die Kommune »die endlich entdeckte politische Form, unter der die ökonomische Befreiung der Arbeit sich vollziehen konnte.« In seiner bereits drei

Tage nach der blutigen Niederschlagung der Kommune erschienenen Schrift »Der Bürgerkrieg in Frankreich« verteidigte er die Kommune und zog weitreichende Lehren für die künftige Strategie der Arbeiterbewegung. »Namentlich hat die Kommune den Beweis geliefert, dass die Arbeiterklasse nicht die fertige Staatsmaschine einfach in Besitz nehmen und sie für ihre eigenen Zwecke in Bewegung setzen kann.«

Eingekreist und auf sich alleine gestellt war ihr Scheitern vorprogrammiert. Dennoch schuf sie etwas Neues und Bleibendes: eine Räte- Demokratie als revolutionäres politisches Instrument und praktische Alternative zum Staatsapparat.

Gedenken zum Tag der Befreiung

Christa Beier, Vorsitzende DIE LINKE ELSALAND

Anlässlich des Tages der Befreiung fand am 08.05.2019 in Schönebeck eine Gedenkveranstaltung am Mahnmal in der Nicolaistraße statt. Eingeladen hatte der Ortsvorstand DIE LINKE ELSALAND.

Neben Mitgliedern des Ortsverbandes, Stadtratsmitgliedern, Vertretern des Friedensfahrtmuseums nahmen auch einige Bürger*innen an der Veranstaltung teil. Die Volksstimme war ebenfalls vor Ort und berichtet in der nächsten Ausgabe darüber.

Roland Claus ging in seiner kurzen Rede auf die Bedeutung des Tages der Befreiung ein, der uns alle vom menschenverachtenden System des Nationalsozialismus befreit hat. Er würdigte insbesondere die Leistungen der Sowjetunion und ihrer Armee. Er erinnerte daran, dass mit der Bücherverbrennung der Na-

tionalsozialismus begann. Aus diesem Anlass findet am 10.05.2019 auf dem Karlsplatz in Bernburg eine „Lesung gegen das Vergessen“, statt. An Beispielen zeigte er, dass es schon wieder Anzeichen rechten Gedankengutes und rechter Gewalt und Gesinnung gibt, denen wir entschlossen entgegen treten müssen. Alle Anwesenden stimmten darin überein, dass es auch in der heutigen Zeit notwendig ist, niemals zu vergessen, wohin Rassenideologie, Größenwahn, Menschenverachtung, Rassismus und Antisemitismus führen.

Der Kranz, der am Mahnmal von Christa Beier und Roland Claus niedergelegt wurde, wurde 20 Minuten später durch Unbekannte gestohlen. Ich habe Anzeige bei der Polizei erstattet.



Kranzniederlegung in Schönebeck; Foto: privat

Einflussnahme von Lobbyisten auf die Gesetzentwürfe in den Ministerien

Jan Korte, Erster Parlamentarischer Geschäftsführer im Deutschen Bundestag

Lobbyisten gehen in den Ministerien ein und aus. Sie beeinflussen Gesetzestexte und -inhalte. In der Öffentlichkeit bekommt man von den Treffen und Absprachen kaum etwas mit. Die Fraktion DIE LINKE im Bundestag hat mit einer Serie von Anfragen die Einflussnahme von Lobbyisten auf die Gesetzentwürfe der Bundesregierung erfragt. Abgeordnetenwatch.de hat die Ergebnisse aufbereitet.

88 Prozent der Vorlagen für die in der letzten Wahlperiode beschlossenen Gesetzen stammten von der Bundesregierung. Sie hat damit den größten Einfluss auf den Inhalt der Gesetze. Auch wenn die Gesetzentwürfe im Laufe der Gesetzgebung noch von der Regierungskoalition im Bundestag geändert werden, entsteht der wesentliche Teil der Entwürfe in den Bundesministerien. Dort setzt die Tätigkeit der Interessenvertreter*innen an.

Lobbyisten nehmen im Wesentlichen innerhalb und außerhalb der Verbändeanhörung bei dem Bundesministerium Einfluss, das federführend den Gesetzentwurf erstellt. Außerdem bringen sie ihre Wünsche und Forderungen in Gesprächen und Treffen mit der Arbeits- und Leitungsebene der Bundesministerien und des Bundeskanzleramtes sowie der Bundeskanzlerin ein. Trotz der Bedeutung dieser Treffen werden sie nicht transparent gemacht. Die Fraktion DIE LINKE hat deshalb zu jedem Gesetzentwurf der Bundesregierung diese Informationen abgefragt.

Was passiert in den Ministerien?

Die Bundesregierung führt zu jedem Gesetzentwurf – der heißt in diesem Stadium „Referentenentwurf“ – eine Verbändeanhörung nach § 47 der Gemeinsamen Geschäftsordnung der Bundesministerien (GGO) durch. Dazu versendet sie den Referentenentwurf an alle Verbände, die ihres Erachtens betroffen sind. Sie führt also vorab eine Auswahl durch. Abhängig von deren Stellungnahmen lädt sie

die ausgewählten Verbände zu einer mündlichen Anhörung ein. Seltener findet bereits vor der Erstellung eines Referentenentwurfs eine Anhörung oder ein Fachgespräch mit betroffenen Verbänden statt.

Davon unabhängig finden oft Treffen mit Verbänden und Interessenvertretern im Bundesministerium statt, die die Änderung und Einflussnahme auf Inhalte von Gesetzentwürfen zum Ziel haben.

Was veröffentlicht die Bundesregierung bisher?

Seit dem 15. November 2018 veröffentlicht die Bundesregierung die Unterlagen der Verbändeanhörung im Internet. Wie in der vergangenen (18.) Wahlperiode sind dort der jeweilige Gesetzentwurf in der Fassung vor und nach der Verbändeanhörung (Referentenentwurf/Kabinettsentwurf) einzusehen.

Laut Jan Korte, 1. parlamentarischer Geschäftsführer der LINKEN, habe die Bundesregierung damit auf die Kleinen Anfragen der LINKEN und den öffentlichen Druck reagiert. Korte hatte vor der Veröffentlichung zwei schriftliche Fragen zu den Stellungnahmen gestellt. Zur erstmaligen Veröffentlichung der Stellungnahmen von Interessenvertreter*innen in der 18. Wahlperiode kam es durch die Aktion „Gläserne Gesetze“ von abgeordnetenwatch.de und FragDenStaat.de. Durch viele zeitgleiche Bürger*innenanfragen nach dem Informationsfreiheitsgesetz wurde damals die Herausgabe der Stellungnahmen der Interessenvertreter*innen bei den Bundesministerien erwirkt. Die Bundesregierung veröffentlichte die Lobby-Stellungnahmen zu den Referentenentwürfen schließlich selbst auf den Internetseiten der federführenden Bundesministerien.

Jan Korte, 1. parlamentarischer Geschäftsführer der LINKEN im Bundestag: „Uns reicht

die bloße Veröffentlichung von Stellungnahmen nicht aus, auch wenn das ein wichtiger erster Erfolg ist. Die Bundesregierung muss in ihren Gesetzentwürfen bei den einzelnen Regelungsvorschlägen selbst ausführen, wo und vor allem auch warum sie Inhalte auf Wunsch von Interessenvertreter*innen aufgenommen hat. Erst dann genügt die Bundesregierung den Transparenzanforderungen unserer Demokratie.

Die faktische Verweigerung einer substantiellen Antwort zur genauen Einflussnahme von Lobbyisten zeigt: Die Transparenzverpflichtung für die Bundesregierung muss gesetzlich geregelt werden. Selbst auf Nachfrage hat sie nicht die Informationen geliefert, die der Bundestag und die Öffentlichkeit brauchen. Die Abgeordneten der Koalitionsfraktionen fordere ich auf, die Rechte des Bundestages auf Kenntnis von Lobby-Vorgängen bei der Gesetzentwurf-Erstellung durchzusetzen und hier gemeinsam an einem Strang zu ziehen. Das wäre mal ein Projekt etwa für den Fraktionsvorsitzenden der CDU/CSU Ralph Brinkhaus, der bisher ohne Engagement mit dem Anspruch angetreten war, das Parlament gegenüber der Bundesregierung stärker in Position zu bringen. Das wäre auch ein Dienst an der Demokratie und ein Stück Korruptionsprävention für alle im Verfahren beteiligten Stellen, vor allem auch in den Bundesministerien.“

Zusätzlich zu den kleinen Anfragen hat DIE LINKE im Bundestag einen Gesetzentwurf für ein verpflichtendes Lobbyregister vorgelegt. Darin müssten sich die Lobbyisten registrieren und ihre Kontakte zur Politik offenlegen sowie angeben, wieviel Geld sie ausgibt und welche Themen sie bearbeiten. Das Gesetz beinhaltet den verpflichtenden sogenannten legislativen Fußabdruck.

Die Kenia-Koalition ist eine permanente Regierungskrise

Thomas Lippmann, Fraktionsvorsitzender im Landtag

Die ständigen Provokationen und Demütigungen der CDU gegen ihre Koalitionspartner SPD und Bündnis90/Die Grünen haben längst das Maß des Erträglichen überschritten und lähmen die Arbeit in der Regierung ebenso, wie im Parlament. Diese Regierung ist nur noch im Krisenmodus und mit ihren inneren Rivalitäten beschäftigt. Sie ist unfähig, die Interessen der Bürgerinnen und Bürger und notwendige Weichenstellungen ins Zentrum ihrer Arbeit zu stellen. Durch diese Regierung wird dem Land nachhaltiger Schaden zugefügt.

Der von der CDU-Fraktion jetzt gestellte

Antrag auf Akteneinsicht bzgl. der Uniklinik Magdeburg zeigt erneut den fehlenden Respekt der CDU vor den anderen Koalitionspartnern und nährt den Verdacht, dass das Ende von „Kenia“ gezielt provoziert werden soll.

Es ist gut, wenn SPD und Bündnis90/Die Grünen jetzt endlich den Willen aufbringen, gegenüber der CDU Augenhöhe zu gewinnen und sich der Blockade von Koalitionsvorhaben zu widersetzen. Auf der Agenda der Koalition stehen dabei Themen, die auch für uns, vor allem aber für die Menschen in Sachsen-Anhalt wichtig und relevant sind. Dazu zählen u.a. die Abschaffung der Straßenausbau-

beiträge (unser Gesetzentwurf schmort unbearbeitet in den Ausschüssen) ebenso wie der Gesetzentwurf zum Grünen Band oder zum Vergabegesetz.

Wenn die Kenia-Koalitionäre in dieser Legislaturperiode noch irgendetwas zustande bringen wollen, dann muss es jetzt auf den Weg gebracht werden. Wir werden solche Vorhaben konstruktiv begleiten und uns für einen erfolgreichen Abschluss einsetzen. Ein Weiter so wie bisher darf es im Interesse des Landes nicht mehr geben.

Jan Korte unterstützt Basilika, Chorfest, Bärenhausen und Ruderclub

Jörg Lemmert, Wahlkreismitarbeiter MdB Jan Korte

Bei seinen letzten Wahlkreistagen im Salzlandkreis war der Erste Parlamentarische Geschäftsführer und LINKE-Bundestagsabgeordnete Jan Korte u.a. in Hecklingen, Egelndorf und Bernburg unterwegs, um gleich vier Schecks vom Verein der Bundestagsfraktion DIE LINKE e.V. für Projekte in seinem Wahlkreis Anhalt zu überreichen. Außerdem standen wieder Sprechstunden unter freiem Himmel an. Kurz vor den Kommunalwahlen konnten interessierte Bürger*innen mit ihm und Kandidat*innen für die Wahlen sowohl in Bernburg am Einkaufszentrum Zepziger Weg, als auch in Staßfurt auf dem Benneckschen Hof ins Gespräch kommen.

Zur ersten Scheckübergabe besuchte er die imposante Basilika St. Georg & Pancratius. Der Freundeskreis der ca. 900 Jahre alten romanischen Basilika bekam eine Spende über 350 Euro, mit der die Arbeit des Vereins un-

von 750 € ging an die Kinderstadt Bärenhausen. Das Projekt der Stiftung Evangelische Jugendhilfe, bei dem Kinder während der Ferien Einblicke in die Welt der Erwachsenen bekommen, wird bereits seit vielen Jahren vom Abgeordneten unterstützt. Zur Scheckübergabe auf dem Gelände der Kinderstadt kamen u.a. Dietmar Linde vom Vorstand der Stiftung, Projektkoordinator Karsten Noack und freiwillige Helferinnen und Helfer des Projektes. Linde und Noack betonten bei dem Besuch, dass noch weitere Spenderinnen und Spender für die diesjährige 12. Kinderstadt, die am 11. Juli unter dem Motto „Bärenhausen verbindet“ startet, gesucht werden.

Der zweite Scheck beim Besuch in der Saalestadt ging an den Bernburger Ruderclub. Der Vorsitzende Gerhard Hartkopf begrüßte den Abgeordneten beim Training des Ruder-



Scheckübergabe vor dem Egelner Rathaus Foto: privat



Spende für die Kinderstadt Bärenhausen; Foto: privat



Spende für den Bernburger Ruderclub; Foto: privat

terstützt wird, der in den letzten Jahren die Sanierung des Gebäudes vorangetrieben hat und interessierte Bürgerinnen und Bürgern über die Geschichte des Kulturdenkmals informiert. Zusammen mit dem Hecklinger Stadtrat Wolfgang Weißbart bekam der Abgeordnete bei seinem Besuch eine interessante Führung von Gerald Becker, dem Schriftführer des Freundeskreises.

In Egelndorf gab es finanzielle Unterstützung für das Chorfestival „Sine Musica Nulla Vita“. Dem künstlerischen Leiter des Festes, Ralf O. Schubert, der Schatzmeisterin Monika Pfarre und Egelndorfs Bürgermeister Reinhard Luckner überreichte Jan Korte vor dem Rathaus der Stadt einen symbolischen Scheck in Höhe von 500 Euro zur Unterstützung der diesjährigen 10. Auflage des internationalen Treffens. Bei freiem Eintritt wurde mit elf Chören aus fünf Nationen vier Tage lang einiges geboten.

In Bernburg ging der erste Scheck in Höhe

nachwuchses am Bootshaus des Vereins und führte kurz in die Geschichte der Bernburger Ruderer ein, die bereits Ende des 19. Jahrhunderts beginnt. Außerdem berichtete über die zahlreichen Aktivitäten der ca. 200 Vereinsmitglieder. Einige der jüngsten Mitglieder durften dann den Scheck in Höhe von 500 € entgegennehmen, mit dem die Anschaffung sogenannter Skulls, also Paddel, finanziert wird.

Der Verein der Bundestagsfraktion DIE LINKE e.V. finanziert sich und seine Aktivitäten aus Mitgliedsbeiträgen und Spenden der LINKEN-Bundestagsabgeordneten. Er wurde gegründet, um vor allem Projekte der Kinder- und Jugendarbeit, der Selbsthilfe, der Freien Wohlfahrtspflege, Kultur und Sport zu fördern. Weitere Infos dazu gibt es auf www.fraktionsverein.de.



Scheckübergabe von MdB Jan Korte vor der Basilika in Hecklingen; Foto: privat

**Kreisvorstand und Redaktion
gratulieren im
Juni
recht herzlich**

Zum 94. Geburtstag
Elli Killmann

Zum 89. Geburtstag
Margit Keller

Zum 88. Geburtstag
Wilfried Breithaupt

Zum 80. Geburtstag
Helmut Müller

Zum 75. Geburtstag
Margriet Nietardt
Joachim Redmann

Zum 70. Geburtstag
Eberhard Danziger
Petra Giest
Rudolf Bonneck

Zum 65. Geburtstag
Eberhard Pesch
Jörg Schmidt
Angelika Trenschi

**Wir gratulieren auch allen
anderen Leser*innen, die im
Juni Geburtstag haben.**



**DIE LINKE Staßfurt beim
Salzlandfest**

Am **15.06.2019** ab 11 Uhr in der
Steinstraße: Infostand mit Glücksrad,
Politquiz und Bücherbasar.

Webmaster gesucht

Der Kreisvorstand sucht eine
Betreuerin/einen Betreuer für die
Internetseite des Kreisverbandes
(www.dielinke-salzlandkreis.de.)

**„Kaffee mit Links im Büro von
MdL Hildebrandt und MdB Korte**

Am **10.07.2019** ab 16 Uhr gibt es
wieder die Gelegenheit, im Bernburger
Wahlkreisbüro bei Kaffee und Kuchen
ins Gespräch zu kommen.

Landesparteitag in Burg

Am **29. und 30.06.2019** findet die
1. Tagung des 7. Landesparteitages
in der Stadthalle in Burg statt. Im
Mittelpunkt steht u.a die Wahl eines
neuen Landesvorstandes.

Fest der Linken in Berlin

Am **22.06.2019** wird der Rosa-
Luxemburg-Platz in Berlin **ab 11 Uhr**
wieder zum Festgelände mit zahlrei-
chen Bands, einem Kinderfest, Dis-
kussionen, Ausstellungen und einem
bunten Markttreiben. Mehr Infos auf
www.fest-der-linken.de.

**Termine im „Linkstreff“
Aschersleben**

Im Ascherslebener Büro (Oststraße
5) gibt es immer am 1. und 3. Montag
im Monat von 15 bis 17 Uhr eine
LINKE Sprechstunde und immer
am 2. Montag im Monat das **„Kaffee
mit Links“**.

Nachruf

In stiller Anteilnahme
Erika Rau

OV Aschersleben
Kreisvorstand



Termin LINKES Sommerfest 2019:

Am **23.08.2019** wieder ab 15 Uhr vor
dem Bernburger Büro.

Aufruf zur Mitarbeit!

DIE LINKE Zeitung möchte möglichst
ausgewogen aus allen Regionen des
Salzlandkreises berichten und sucht
deshalb ständig Beiträge. Egal ob BO-
Sitzung, Vorstandswahl, öffentlich-
keitswirksame Aktion, Berichte von
Mandatsträger*innen und Abgeord-
neten. Wir freuen uns über Beiträge
aus allen Bereichen. InteressentIn-
nen nutzen bitte die Kontaktdaten
der Redaktion (siehe unten).

Und nun?

Kämpfen!

Gegen Hass und soziale Spaltung.
Für die Idee der Solidarität.

Sitzung des Kreisvorstandes

Der Kreisvorstand tagt wieder
am **27.06.2019 um 18 Uhr** im
Staßfurter Fraktionsbüro
(Löderburger Straße 94).

ClimatePartner^o

klimateutral

Druck | ID 11151-1701-1701

Die Linke Zeitung wurde
klimateutral auf Recyclingpapier
gedruckt.

Einsendeschluss für die nächste

DLZ ist der 28. Juni 2019.

Redaktionsschluss für diese

**Ausgabe war
der 31. Mai 2019.**

Herausgeber:

Kreisvorstand DIE LINKE, Salzlandkreis
www.dielinke-salzlandkreis.de
dielinke-slk@t-online.de
Postfach 1104, 06391 Bernburg

Redaktion :

Jörg Lemmert (V.i.S.d.P),
Klaus Magenheimer,
Stefan Deutschmann

Satz + Layout: Karsten Noack

Druck: Saxoprint

Bei nicht vereinbarten und nach
Redaktionsschluss eingegangenen
Artikeln kann die Veröffentlichung nicht
garantiert werden.